Die GEW informiert

Bereich Berufliche Bildung und Weiterbildung

Fünf-Punkte-Programm zur Förderung junger Menschen

Gewerkschaft
Erziehung
und Wissenschaft

GEW

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt
E-Mail: info@gew.de
Homepage:www.gew.de
Verantwortlich:
Stephanie Odenwald
Redaktion:
Stefanie Eßwein, Torsten Fust
Fotos:
Info-Grafiken:
Globusinfografik
Gestaltung und Satz:
Jana Roth artconcept, Kronberg
Druck:
SpitzerDruck, Darmstadt

Juli 2005

Fünf-Punkte-Programm zur Förderung junger Menschen

Inhalt

Vorbemerkung — 4

1.
Qualifizierte Ausbildung für alle — 6

2.
Reformoptionen des neuen Berufsbildungsgesetzes (BBiG) in den Ländern umsetzen — 9

3.
Benachteiligte Jugendliche fördern — 10

4.
Arbeitslose Jugendliche gezielt fördern und aus einer Hand beraten — 11

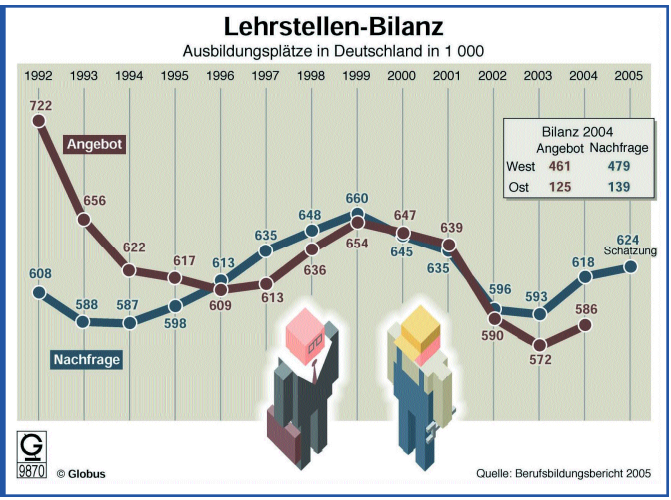
5.
Qualität in der beruflichen Bildung weiterentwickeln – gute Arbeitsbedingungen schaffen — 14

Adressen

Mitgliedsantrag

Vorbemerkung

Mitte des Jahres 2005 ist die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt verheerend: Fast 300.000 Bewerberinnen und Bewerber sind noch nicht vermittelt, ein großer Anteil davon ist weiblich. Trotz der lautstark vorgetragenen Versprechen der Wirtschaft und der Bundesregierung im so genannten Ausbildungspakt ist keine Trendwende am Ausbildungsmarkt erkennbar. Im Gegenteil: Gegenüber dem Vorjahr, in dem rund 200.000 jungen Menschen nicht den angestrebten betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten haben, hat sich die Anzahl der angebotenen Ausbildungsstellen – so die offiziellen Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) – noch einmal um fast zehn Prozent verringert.



Dies ist kein einmaliges oder temporäres Problem. (siehe Info-Grafik: Langfristige Entwicklung Lehrstellenbilanz von 1992 bis 2005) Es gelingt seit mittlerweile fast einem Jahrzehnt nicht mehr, bundesweit einen rechnerischen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage an Aus-

bildungsplätzen herzustellen. Ganz zu schweigen von einem Angebot, das den jungen Menschen echte Auswahlmöglichkeiten bietet. Immer mehr Jugendliche werden in den so genannten „Warteschleifen“ geparkt, verschwinden aus der Statistik oder treten in Folgejahren wieder als Nachfragende auf. Nein, das deutsche Berufsbildungssystem befindet sich in einer strukturellen Krisensituation, die sich mit dem Rückgang des betrieblichen Ausbildungsplatzangebots in den letzen Jahren dramatisch verschärft hat.

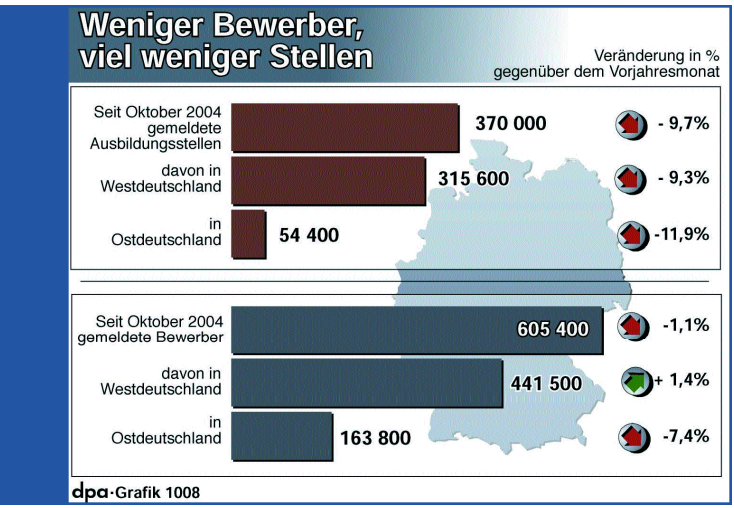
Zugleich ist mit der Umsetzung von „Hartz IV“ Anfang des Jahres 2005 das tatsächliche dramatische Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit deutlich geworden: Mehr als 500.000 Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren sind arbeitslos gemeldet, mehr als die Hälfte davon sind Empfänger des neu eingeführten Arbeitslosengelds II. 30 Prozent dieser Gruppe haben keinen Hauptschul-Abschluss, knapp zwei Drittel keinen Berufsabschluss – und somit nur sehr eingeschränkte Chancen auf eine Integration in den Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt. Auch hier ist der Anteil junger Frauen und von Migranten und Migrantinnen überproportional hoch.

Vor diesem Hintergrund spricht sich die GEW für ein umfassendes Konzept zur Förderung der jungen Menschen unter 25 Jahren aus, das im Wesentlichen die im Folgenden dargestellten fünf zentralen Punkte beinhalten sollte.

1. Qualifizierte Ausbildung für alle

Wer in Gelsenkirchen oder Bremerhaven einen Ausbildungsplatz sucht, hat es viel schwerer als Gleichaltrige in München. In Ostdeutschland findet weniger als die Hälfte der Interessenten einen betrieblichen Ausbildungsplatz.

Daran können auch bundesweite Durchschnittszahlen und politische Verlautbarungen über den vermeintlichen Erfolg des „Nationalen Pakts für Ausbildung“ nichts ändern. Er diente letztlich vor allem dazu, die geplante Finanzierungsregelung – und damit den längst überfälligen gerechten Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Unternehmen – zu verhindern.



Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist keineswegs entspannt (siehe Infografik auf S. 8). Die Unternehmen bieten immer weniger Ausbildungsplätze an und entziehen sich damit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Das Kernproblem ist der Mangel an Ausbildungsplätzen und nicht die vermeintlich fehlende „Ausbildungsrei-

Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs (Ausbildungspakt)

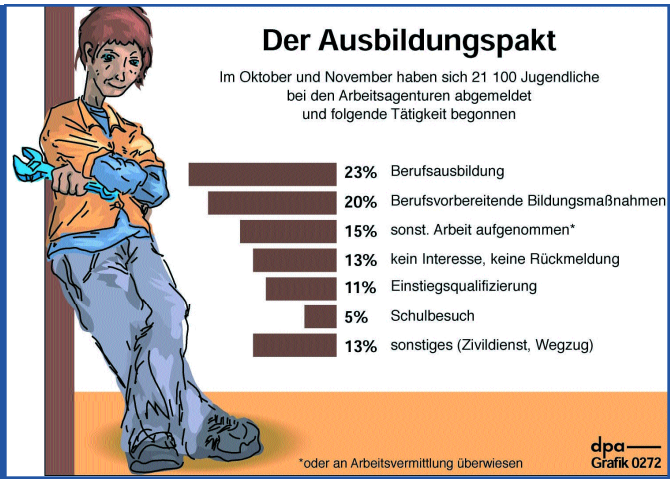
Die Bundesregierung, die Bundesagentur für Arbeit (BA) und die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben Mitte 2004 einen „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ geschlossen. Mit dem Ausbildungspakt verpflichten sich die Partner, jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Ausbildungsangebot zu machen. Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben zugesagt, in diesem und in den beiden folgenden Jahren jeweils 30.000 neue Ausbildungsplätze einzuwerben. In dem Pakt hat die Wirtschaft außerdem zugesagt, in diesem und den beiden folgenden Jahren jeweils 25.000 Plätze für betriebliche Einstiegsqualifizierungen zur Verfügung zu stellen. Der Pakt hat eine Laufzeit von drei Jahren.

fe“ der Jugendlichen. Statt auf geburtenschwächere Jahrgänge zu verweisen oder in „Sonntagsreden“ den Wirtschaftsaufschwung herbeizusehnen, ist eine sofortige Lösung erforderlich. Jeder Jugendliche hat jetzt und hier einen Anspruch auf eine qualifizierte Ausbildung. Das schließt echte Wahlmöglichkeiten ein.

Die GEW fordert daher, die Berufsbildung unabhängig von demografischen und konjunkturellen Entwicklungen sowie der Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft zu machen.

Jugendliche dürfen nicht zu „Marktbenachteiligten“ und in Angebote und Maßnahmen abgeschoben werden, die unter dem Niveau einer Ausbildung liegen und vor allem der Statistikbe-

reinigung und Kostenreduzierung dienen – nur weil sie zur falschen Zeit und am falschen Ort leben. Für Ostdeutschland hat die Erweiterung des dualen Systems um außerbetriebliche und schulische Formen der Qualifizierung eine besondere Bedeutung. Diese Bildungsangebote dürfen nicht als minderwertig und nachrangig disqualifiziert werden, die hohe Qualität dieser Ausbildungsangebote muss anerkannt werden.



2. Reformoptionen des neuen Berufsbildungsgesetzes (BBiG) in den Ländern umsetzen

Die zum 1. April 2005 in Kraft getretene Novellierung des BBiG hat einige wichtige und begrüßenswerte Ansätze, insbesondere zur Aufwertung nichtbetrieblicher Ausbildungsgänge, aufgenommen und umgesetzt. So ermöglichen es die einzelnen Paragrafen (u.a. §§ 7 und 43) den Ländern durch Erlass entsprechender Rechtsverordnungen, schulische Vorqualifikationen anzurechnen sowie Absolventen vollzeitschulischer Bildungsgänge zur Abschlussprüfung zuzulassen. Ansätze, die mit dazu beitragen können, so genannte „Warteschleifen" für die Jugendlichen zu vermeiden bzw. zu reduzieren und die knappen personellen und finanziellen Ressourcen des Bildungswesens sinnvoller zu nutzen. Zugleich besteht die Möglichkeit, die nicht ausreichenden betrieblichen Ausbildungsplätze durch gleichwertige außerbetriebliche Ausbildungsgänge zu ergänzen.

Die GEW fordert daher, dass die Bundesländer die Spielräume, die ihnen das neue BBiG bietet,aktiv nutzen.

Sie müssen dazu Rechtsverordnungen erlassen, die die Anrechnung schulischer Vorqualifikationen regeln und es Absolventen vollzeitschulischer Ausbildungsgänge ermöglichen, an der Abschlussprüfung teilzunehmen. Der Lernort Schule erhält auch dadurch mehr Gewicht, dass die Berufsschulleistungen der Auszubildenden im Ergebnis der Abschlussprüfung stärker berücksichtigt werden können. Um einen föderalistischen Wildwuchs zu vermeiden und die notwendige Bundeseinheitlichkeit zu erreichen, müssen die Länder ihr Vorgehen bei der Umsetzung dieser Optionen untereinander abstimmen. Ein Schwerpunkt muss dabei auf die Entwicklung und Umsetzung entsprechender Qualitätsstandards gelegt werden.

3. Benachteiligte Jugendliche fördern

Als Folge verschärfter Selektions- und Segmentierungsprozesse in Schule, Berufsausbildung und Arbeitsmarkt wird die berufliche Integration Jugendlicher und junger Erwachsener mit Lernschwächen und sozialen Benachteiligungen immer schwieriger. Eine/r von vier Jugendlichen, die die deutschen Schulen verlassen, gehört laut PISA-Studie zur so genannten Risikogruppe. Ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten – so die Argumentation der Wirtschaft zur Rechtfertigung des Mangels an Ausbildungsplätzen – reichen kaum aus, um einen Beruf zu erlernen. Eine düstere Perspektive – werden doch die Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt weiter steigen und immer differenzierter. Es ist schwierig für junge Leute, diesen Mangel an Kompetenzen später auszugleichen. Die Angebote von Jugendberufshilfe, beruflicher Aus- und Weiterbildung reichen nicht aus und sind – insbesondere was Möglichkeiten der Anrechnung und Qualitätsaspekte betrifft – noch zu wenig aufeinander abgestimmt.

Die GEW fordert daher: Frühkindliche Pädagogik und Schule müssen alle Kinder und Jugendlichen so fördern, dass möglichst niemand mehr benachteiligt ist und wird.

Für diejenigen jungen Menschen, für die präventive Maßnahmen zu spät kommen, soll die sozialpädagogische Unterstützung flächendeckend ausgebaut werden. Sie muss zudem eng mit den verschiedenen Angeboten der Berufsausbildungsvorbereitung und der Nachqualifizierung verzahnt werden, in denen die Möglichkeit besteht, im Sinne einer „zweiten Chance“ Schulabschlüsse nachzuholen. Diese kontinuierliche begleitende Unterstützung ist gegebenenfalls auch während der Ausbildung erforderlich. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, welche spezifischen Bedürfnisse junge Menschen mit Migrationshintergrund haben.

4. *Arbeitslose Jugendliche gezielt fördern und aus einer Hand beraten*

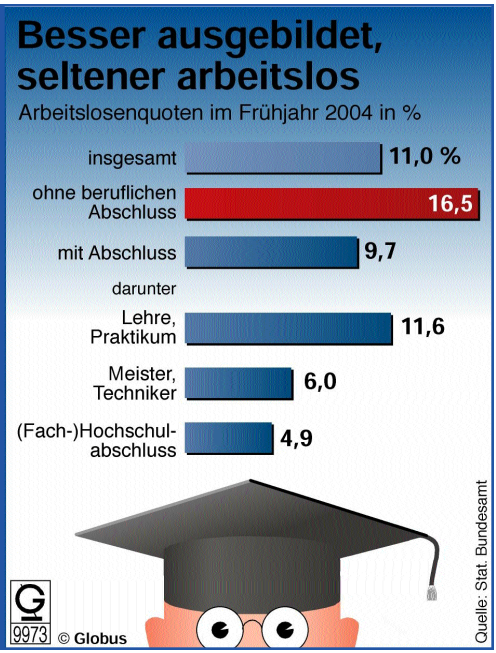
Mit der Umsetzung von „Hartz IV“ Anfang des Jahres 2005 ist das tatsächliche dramatische Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit deutlich geworden: Mehr als 500.000 Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren sind Mitte des Jahres 2005 arbeitslos gemeldet – dies entspricht einer Jugendarbeitslosigkeit von fast 12 Prozent. Unter diesen vielen arbeitslosen jungen Menschen sind mit fast 300.000 Personen mehr als die Hälfte Empfänger des neu eingeführten Arbeitslosengelds II; 30 Prozent dieser Gruppe haben keinen Hauptschul-Abschluss, knapp zwei Drittel keinen Berufsabschluss – und somit sehr eingeschränkte Chancen auf eine Integration in den Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt.

Zugleich soll bei der Umsetzung von „Hartz IV“ ein besonderer Schwerpunkt in der Förderung der Jugendlichen liegen. Bisher werden aber einseitig „Ein-Euro-Jobs“ für Jugendliche angeboten, die dringend notwendigen Bildungs- und Qualifizierungsangebote dagegen außer Acht gelassen und vernachlässigt.

Die notwendige Verständigung und Abstimmung zwischen den beteiligten politischen Akteuren auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene und der Bundesagentur für Arbeit ist bisher nicht in Sicht; statt einer dringend notwendigen Klärung der Zuständigkeiten und Kooperation dominiert ein Kompetenzwirrwarr zwischen allen Beteiligten.

Die GEW fordert vor diesem Hintergrund einerseits ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, das die Qualifizierung und berufliche Integration der jungen Menschen zum Ziel hat und alle Handlungsebenen und Akteure einbezieht.

Es gilt, sich auf ein den verschiedenen Gruppen von arbeitslosen jungen Menschen gerecht werdendes Maßnahmenbündel und differenziertes Handlungsprogramm zu verständigen und die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.



Andererseits ist eine grundlegende Modifikation des Sozialgesetzbuch (SGB) II („Hartz IV“) dringend erforderlich. Dazu zählt eine Implementierung klarer gesetzlicher Zuständigkeiten nach dem Grundsatz „Individuelle Beratung aus einer Hand“ für die unter das SGB II fallenden jungen Leute. Im Rahmen einer solchen Berufsberatung ist von den individuellen Bedingungen sowie den Kompetenzen und Stärken der Jugendlichen auszugehen, die als Basis für die Auswahl von Fördermaßnahmen dienen müssen. Ebenso notwen-

dig ist die gesetzliche Verankerung eines Rechtsanspruchs auf langfristige, nachhaltige Qualifizierungsangebote und öffentlich geförderte Beschäftigungsmöglichkeiten, die mit Qualifizierung und dem Erwerb eines Berufsabschlusses zu kombinieren und sozialpädagogisch zu begleiten sind.

Das Abschieben von Jugendlichen in so genannte „Ein-Euro-Jobs“ ohne Qualifizierungen oder in ehrenamtliche Tätigkeiten lehnt die GEW grundsätzlich ab, da mit einer solchen Praxis eine nachhaltige Qualifizierung, berufliche Integration sowie positive soziale und persönliche Entwicklung keinesfalls erreicht werden kann.

5. Qualität in der beruflichen Bildung weiterentwickeln – gute Arbeitsbedingungen schaffen

Wer junge Menschen gut qualifizieren möchte, muss für das Personal angemessene Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen sowie eine qualifizierte Aus- und Fortbildung bieten. Dies gilt für Pädagogen in den berufsbildenden Schulen ebenso wie bei freien Trägern. Dem widerspricht die derzeitige Einstellungs- und Beschäftigungspolitik der meisten Bundesländer: Die Arbeitsbedingungen des Personals an den berufsbildenden Schulen verschlechtern sich. Es werden zu wenig neue Lehrkräfte eingestellt, für die vorhandenen hat sich die Arbeit verdichtet. Auf Grund des Mangels an grundständig ausgebildeten LehrerInnen für berufsbildende Schulen werden vermehrt so genannte Quer- und Seiteneinsteiger – teilweise ohne bzw. nur mit geringer pädagogischer (Nach-)Qualifizierung – eingestellt. Zudem droht mit der Einführung der so genannten „Ein-Euro-Jobs“, dass auch im Bereich der öffentlichen (berufsbildenden) Schulen prekäre Beschäftigungsverhältnisse Fuß fassen, wie sie in der Weiterbildung bereits gang und gäbe sind.
Dramatische Entwicklungen sind bei den freien Trägern zu beobachten: Hier wirkt sich vor allem die neue Geschäftspolitik der Bundesagentur für Arbeit – nach der Maxime möglichst kostengünstiger Angebote – aus. Für die Beschäftigten bedeutet dies: Entlassungen, Gehaltskürzungen, Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und zunehmende Arbeitsverdichtung.

Die GEW fordert daher, dass die Politik auf die neuen Anforderungen reagiert:Eine grundlegende Reform der Lehrerbildung ist überfällig, eine kontinuierliche Fortbildung muss garantiert werden.

Um dem Mangel an Lehrkräften für berufsbildende Schulen entgegenzuwirken, bedarf es einer langfristig geplanten und wirksamen Einstel-

lungspolitik. Dazu zählen auch länderübergreifende Standards für die Einstellung und Qualifizierung von Seiten- und Quereinsteigern in den Schuldienst. Die Fortbildung muss bei der sich ändernden Rolle und Aufgabenstellung des Personals ansetzen und die Lehrkräfte in diesem Prozess unterstützen.

Wir fordern Politik und Bundesagentur für Arbeit zudem zu einem Strategiewechsel auf. Um qualitativ hochwertige Bildungsmaßnahmen anbieten zu können,brauchen Bildungsträger und ihre Beschäftigten Planungssicherheit sowie gesicherte und angemessen bezahlte Arbeitsverhältnisse.

Kontakt

GEW-Hauptvorstand
Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung
Leiterin:
Dr. Stephanie Odenwald,
E-Mail: stephanie.odenwald@gew.de
Sekretariat:
Brigitte Kramer,
E-Mail: brigitte.kramer@gew.de

Anschrift:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Tel.: 069/78973-327
Fax: 069/78973-103

Internet:
www.gew.de

Der kurze Weg zur GEW

Unsere Adressen

GEW Baden Württemberg
Silcherstraße 7
70176 Stuttgart
Telefon:0711/21030-0
Telefax:0711/21030-45
www.gew-bw.de
info@gew-bw.de

GEW Bayern
Schwanthalerstraße 64
80336 München
Telefon:089/544081-0
Telefax:089/5389487
www.bayern.gew.de
info@bayern.gew.de

GEW Berlin
Ahornstraße 5
10787 Berlin
Telefon:030/219993-0
Telefax:030/219993-50
www.gew-berlin.de
info@gew-berlin.de

GEW Brandenburg
Alleestraße 6a
14469 Potsdam
Telefon:0331/27184-0
Telefax:0331/27184-30
www.gew-brandenburg.de
info@gew-brandenburg.de

GEW Bremen
Löningstraße 35
28195 Bremen
Telefon:0421/33764-0
Telefax:0421/33764-30
www.gew-bremen.de
info@gew-hb.de

GEW Hamburg
Rothenbaumchaussee 15
20148 Hamburg
Telefon:040/414633-0
Telefax:040/440877
www.gew-hamburg.de
info@gew-hamburg.de

GEW Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt am Main
Telefon:069/971293-0
Telefax:069/971293-93
www.gew-hessen.de
info@hessen.gew.de

GEW Mecklenburg-Vorpommern
Lübecker Straße 265a
19059 Schwerin
Telefon:0385/4852711
Telefax:0385/4852724
www.gew-mv.de
Landesverband@mvp.GEW.de

GEW Niedersachsen
Berliner Allee 16
30175 Hannover
Telefon:0511/33804-0
Telefax:0511/33804-46
www.GEW-NDS.de
GEWNiedersachsen@cs.com

GEW Nordrhein-Westfalen
Nünningstraße 11
45141 Essen
Telefon:0201/294030-1
Telefax:0201/29403-51
www.gew-nrw.de
info@gew-nrw.de

GEW Rheinland-Pfalz
Neubrunnenstraße 8
55116 Mainz
Telefon:06131/28988-0
Telefax:06131/28988-80
www.gew-rheinland-pfalz.de
gew@GEW-Rheinland-Pfalz.de

GEW Saarland
Mainzer Straße 84
66121 Saarbrücken
Telefon:0681/66830-0
Telefax:0681/66830-17
www.gew-saarland.de
sekretariat@gew-saarland.de

GEW Sachsen
Nonnenstraße 58
04229 Leipzig
Telefon:0341/4947404
Telefax:0341/4947406
www.gew-sachsen.de
GEW-Sachsen@t-online.de

GEW Sachsen-Anhalt
Markgrafenstraße 6
39114 Magdeburg
Telefon:0391/73554-0
Telefax:0391/7313405
www.gew-lsa.de
lv@gew-lsa.de

GEW Schleswig-Holstein
Legienstraße 22–24
24103 Kiel
Telefon:0431/554220
Telefax:0431/554948
info@gew-sh.de
www.gew-sh.de

GEW Thüringen
Heinrich-Mann-Straße 22
99056 Erfurt
Telefon:0361/59095-0
Telefax:0361/59095-60
www.gew-thueringen.de
info@gew-thueringen.de

GEW-Hauptvorstand
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon:069/78973-0
Telefax:069/78973-201
www.gew.de
info@gew.de

GEW-Hauptvorstand Parlamentarisches Verbindungsbüro Berlin
Wallstraße 65
10179 Berlin
Telefon:030/235014-0
Telefax:030/235014-10
info@buero-berlin.gew.de

Die GEW im Internet:
www.gew.de

Antrag auf Mitgliedschaft in der GEW

(Bitte in Druckschrift ausfüllen)

Frau/Herr

Vorname/Name

Straße/Nr.

Land (D für BRD),Postleitzahl/Ort

e-Mail-Adresse

Geburtsdatum ***Nationalität*** ***Telefon***

bisher gewerkschaftlich organisiert bei ***von*** ***bis (Monat/Jahr)***

Name/Ort der Bank

Kontonummer ***BLZ***

Berufsbezeichnung/-ziel ***beschäftigt seit*** ***Fachgruppe***

Tarif/Besoldungsgruppe ***Bruttoeinkommen € monatlich***

Betrieb/Dienststelle ***Träger***

Straße/Nr. des Betriebs/der Dienststelle ***Postleitzahl/Ort***

Beschäftigungsverhältnis

- O *angestellt*
- O *beamtet*
- O *in Rente*
- O *pensioniert*
- O *Altersübergangsgeld*
- O *arbeitslos*
- O *Honorarkraft*
- O *beurlaubt ohne Bezüge*
- O *teilzeitbeschäftigt mit _____ Std./Woche*
- O *im Studium*
- O *ABM*
- O *Vorbereitungsdienst/Berufspraktikum*
- O *befristet bis*
- O *Sonstiges*

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag ermächtige ich die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Ort, Datum *Unterschrift*

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten sind nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt. Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an den für Sie zuständigen Landesverband oder an den:

GEW-Hauptvorstand
Postfach 90 04 09
60444 Frankfurt am Main

NEU: Red Line

Exklusiv für GEW-Mitglieder

Du bist in der Schule, im Kindergarten oder an der Uni engagiert. Und du bist GEW-Mitglied*. Zeig es!

www.gew-shop.de

** Als GEW-Mitglied hast du viele Vorteile. Mehr dazu: www.gew.de*

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

GEW

Bestellcoupon

Bitte vollständig ausfüllen und per Post oder Fax senden an:

GEW-SHOP · c/o CALL A GIFT Service · Schafgasse 23
D-63225 Langen · Tel.: 0180-5 05 04 00 · Fax: 0180-5 05 04 01
E-Mail: gew-shop@callagift.de

___ ***Iso-Becher*** *„Wissensdurstig" (Art.-Nr. 1002) € 9,95*

___ ***Lorry Bag*** *„Kulturtasche" (Art.-Nr. 1003) € 29,95*

___ ***Taschenrechner*** *„Erbsenzähler" (Art.-Nr. 1011) € 9,95*

___ ***Regenschirm*** *„Ich bin trocken" (Art.-Nr. 1012) € 17,95*

___ ***Leselampe*** *(Art.-Nr. 1004) € 9,95*

___ ***T-Shirt Ladies*** *„Klassenbeste", One Size (M), (Art.-Nr. 1005) € 16,95*

___ ***Langarm-Shirt*** *„Respektsperson" € 16,95*

Größe: ☐ ***S*** *(Art.-Nr. 1006)* ☐ ***M*** *(Art.-Nr. 1007)* ☐ ***L*** *(Art.-Nr. 1008)*

___ ***Raglan-Jacke*** *„Vorbild" € 29,95*

Größe: ☐ ***S/M*** *(Art.-Nr. 1009)* ☐ ***L*** *(Art.-Nr. 1010)*

(Zuzüglich € 6,21 für Verpackung und Versand)

Liefer- und Rechnungsadresse:

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon *Fax*

E-Mail

Unterschrift

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft

GEW

Gewerkschaft
Erziehung
und Wissenschaft

GEW